

Pressemitteilung

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Sabine Weiler

11.09.2018

<http://idw-online.de/de/news701940>

Forschungs- / Wissenstransfer, Forschungsergebnisse
Energie, Umwelt / Ökologie, Wirtschaft
überregional



Ausnahmen für Unternehmen bei der EEG-Umlage senken die Zahlungsbereitschaft privater Haushalte

Die Ausnahmeregelung für stromintensive Unternehmen beim Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist seit Jahren umstritten. Eine neue Studie des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, die heute in der renommierten energiewirtschaftlichen Fachzeitschrift *Nature Energy* erscheint, zeigt nun, dass solche indirekten Subventionen die Zahlungsbereitschaft von privaten Haushalten beeinflussen: Würden die Ausnahmeregelungen für Unternehmen wegfallen, könnte die Akzeptanz für die Kosten der Energiewende demnach deutlich zunehmen.

Die wichtigsten Ergebnisse:

- Ein großer Teil der Haushalte wäre bereit, den Ausbau der erneuerbaren Energien mit höheren Strompreisen zu finanzieren, wenn die Ausnahmeregelungen für stromintensive Unternehmen entfallen würden. Das ist das Ergebnis eines Experiments mit mehr als 11.000 Teilnehmern des forsa-Haushaltspanels.
- Die Teilnehmer des Experiments wurden nach ihrer Bereitschaft befragt, eine höhere EEG-Umlage zu zahlen, um den Anteil erneuerbarer Energien in Deutschland zu steigern. Einer zufällig ausgewählten Gruppe wurde dabei mitgeteilt, dass die Ausnahmeregelung für die energieintensive Industrie bei der EEG-Umlage bestehe. In einer zweiten zufällig ausgewählten Gruppe sollte die Ausnahmeregelung bei der Erhöhung der EEG-Umlage wegfallen. In dieser zweiten Gruppe zeigten sich – je nach Höhe des Preisaufschlags – zwischen 61 und 74 Prozent der Teilnehmer bereit, eine höhere EEG-Umlage zu akzeptieren. In der Gruppe, bei der die Ausnahmeregelung für Unternehmen bestehen bleiben sollte, waren es dagegen nur rund 23 bis 38 Prozent.
- Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass eine Abschaffung der Ausnahmeregelungen, etwa durch deren Steuerfinanzierung, ein entscheidendes Kriterium für die Akzeptanz weiterer Erhöhungen der EEG-Umlage sein könnte.

Der Leiter des Kompetenzbereichs „Umwelt und Ressourcen“ am RWI und Professor für Energieökonomik und angewandte Ökonometrie an der Ruhr-Universität Bochum, Manuel Frondel, sagt: „Die Einstellung zur Energiewende hängt nicht allein von der Höhe des Strompreises ab. Wenn die Belastungen gleichmäßig verteilt sind, ist eine große Mehrheit durchaus bereit, mehr Geld für Strom aus erneuerbaren Energien zu bezahlen.“ Die aus Wettbewerbsgründen etablierte Ausnahmeregelung für energieintensive Unternehmen bei der EEG-Umlage sollte daher künftig aus Steuermitteln finanziert werden und nicht dadurch, dass die übrigen Stromverbraucher mehr zu bezahlen haben.

Die Daten aus dem forsa-Haushaltspanel wurden im Rahmen des RWI-Projekts AKZEPTANZ erhoben, das die gesellschaftliche Einstellung zur Energiewende erforscht. Das Projekt wird durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert.

Ihre Ansprechpartner dazu:

Prof. Dr. Manuel Frondel, Tel. (0201) 81 49-204
Leonard Goebel (Pressestelle), Tel. (0201) 81 49-210

wissenschaftliche Ansprechpartner:

Prof. Dr. Manuel Frondel, Tel. (0201) 81 49-204

Originalpublikation:

Dieser Pressemitteilung liegt der Artikel M. Andor, M. Frondel und S. Sommer (2018), Equity and the willingness to pay for green electricity in Germany, Nature Energy, zugrunde. Er ist unter <http://www.nature.com/articles/s41560-018-0233-x> online abrufbar. Eine frühere Version der Studie ist als Ruhr Economic Paper #759 erschienen und unter http://www.rwi-essen.de/media/content/pages/publikationen/ruhr-economic-papers/rep_18_759.pdf im Open Access frei zugänglich.